

Deutscher Bundestag  
Ausschuss Digitale Agenda

Ausschussdrucksache  
18(24)139NEU



OPEN  
KNOWLEDGE  
FOUNDATION  
DEUTSCHLAND

OKF DE e.V. | Singerstr. 109 | D-10179 Berlin

Deutscher Bundestag Ausschuss Digitale  
Agenda 11011 Berlin per E-Mail an:  
ada@bundestag.de

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.  
Singerstr. 109  
D- 10179 Berlin

Vereinsnummer: VR 30468 B  
Steuernummer: 27/674/52428  
USt-IdNr / VAT: DE278022128

walter.palmetshofer@okfn.de | +49 30 57703666 0

Berlin, 21.06.2017

## **Stellungnahme zum Fachgespräch „Moderner Staat – Chancen durch die Digitalisierung“ des Bundestagsausschusses Digitale Agenda**

Vielen Dank für die Einladung zu diesem öffentlichen Fachgespräch des Ausschusses Digitale Agenda und damit für die Möglichkeit, sich in diesem für die Zukunft der Gesellschaft überaus wichtigen Diskurs einbringen zu können.

Bevor ich auf die einzelnen Fragen eingehe, möchte ich Folgendes vorausschicken:<sup>1</sup>

Ich gehe davon aus, dass meine KollegInnen E-Government, Digitalisierungseinheiten etc., im Detail behandeln werden. Ich möchte die Frage in den Raum stellen: Was ist ein moderner Staat? Was kann er?

Ich möchte langfristige Potentiale aufzeigen bzw. die Vorstellung, was ein moderner Staat in der Zukunft sein könnte. Wie könnte dieser moderne Staat aussehen?

Aus unserer Sicht sollte dieser moderne Staat maschinenlesbar sein.

Wieso? Um die Reibungsverluste abzubauen, sowohl intern in der Verwaltung als auch extern für die BürgerInnen. Der moderne Staat ist eine digitale Plattform.

D.h. die Nachvollziehbarkeit des staatlichen Handelns ist für die BürgerInnen gegeben. Meßbar ist jener an der Bedienungsfreundlichkeit seiner Services - mit Wahrung des Datenschutzes. Diesen Spagat gilt es zu meistern.

Transparenz.

Anwendungsfreundlichkeit.

Unter Wahrung des Datenschutzes.

---

<sup>1</sup> Die Stellungnahme beruht auf 5 Jahren Engagement in Open Data & Open Government Bereich in Deutschland. Mein Hintergrund ist IT (Systemadministrator), VWL-Studium und Big Data Startup Co-Founder mit Venture Capital. Bei der Beantwortung der Fragen halfen Personen aus der Open Data Community und in der Verwaltung tätige Beamte. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Weiters geht es auch darum, das Vertrauen der BürgerInnen in den Staat zu stärken (Fakenews-Hysterie abzubauen, ...) und die gesellschaftliche Beteiligung zu erleichtern.

Wie kommen wir da hin?

Dazu bedarf es erstens des Zusammenspiels der 3 Säulen Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung. Es sollten nicht nur kleine, inkrementelle Fortschritte gemacht werden, es bedarf einer Transformation sowohl technisch als auch kulturell als auch politisch. Hierfür bedarf es Räume, die dies ermöglichen bzw. Bereiche, wo es möglich ist, zu experimentieren<sup>2</sup> - diese sollten genutzt werden.

Eine Möglichkeit ist sich Erfolgsberichte aus anderen Ländern anzuschauen, z.B. die Digitalisierungseinheiten wie GDS - Government Digital Service<sup>3</sup> in UK oder 18F<sup>4</sup>, Digital Service in den USA.

Ein wichtiger Schritt ist, die Leute mit digitaler Basiskompetenz in die Verwaltung zu integrieren<sup>5</sup>. Digitale Basiskompetenz erfordert Bildung - das betrifft nicht nur die Verwaltung an sich, sondern das ganze Land. Sie wollen auch als moderner Staat moderne Mitarbeiter haben, sie wollen dass die Talente in die Verwaltung gehen, dafür bedarf es einer neuen Kultur. Als Beispiel können Sie sich vielleicht die Deutsche Bahn nehmen, ein ähnlich großer Tanker. Mittlerweile gibt es dort *vereinzelt innovative Spielwiesen*.

Sie werden keinen modernen digitalen Staat ohne moderne digitale BürgerInnen, die sich ernsthaft demokratisch an einen solchen Staat beteiligen wollen, haben. Sie brauchen auch moderne BürgerInnen, die den Umgang mit digitalen Tools und deren Wirkungsweisen verstehen. Der moderne Staat verfügt auch über die notwendigen Feedback-Kanäle, welche die Kommunikation und die Beteiligung der BürgerInnen handhaben können.

Es gibt bereits einige Initiativen im Ansatz:

- Open Government Partnership<sup>6</sup> (BMI): Mit Ende Juni 2017 kommt hier der erste nationale Aktionsplan.
- EITI Extractive Industry Transparency Initiative<sup>7</sup> (BMWI): Dies bringt hoffentlich die erste Version eines offenen kl. Handelsregisters.<sup>8</sup>
- OParl<sup>9</sup> - Standardisierung des offenen Zugriffs auf parlamentarische Informationssysteme

Diese und ähnliche Projekte gilt es voranzutreiben.

---

<sup>2</sup> Diese Bereiche müssen der Verwaltung auch zugestanden werden. Wer immer 100% Perfektion von Anfang fordert wird auch nur minimalste Fortschritte geliefert bekommen.

<sup>3</sup> <https://gds.blog.gov.uk/>

<sup>4</sup> <https://18f.gsa.gov/>

<sup>5</sup> OKFDE hat 2014 versucht in Deutschland Anhand von codeforamerica Modells digitale Basiskompetenz in die Verwaltungen zu bekommen, die Reaktion war mehr als zurückhaltend.

<sup>6</sup> Open Government Partnership ist als ganzheitlicher Ansatz zur Belebung der Demokratie zu verstehen.

<https://opengovpartnership.de/>

<sup>7</sup> „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“ <https://www.d-eiti.de/>

<sup>8</sup> Ein offenes Transparenzregister scheiterte ja leider in der aktuellen Legislaturperiode.

<sup>9</sup> OParl ist eine Initiative zur Standardisierung des offenen Zugriffs auf parlamentarische Informationssysteme in Deutschland.

<https://oparl.org/>

Als Analogie sehen Sie bitte den Schiffscontainer (bei Anwendungen wie Mängelmelder, Verkehrsankunfts-App, ...), wo Sie früher die Säcke in Handarbeit einzeln verladen haben ("Datenschaufeln"), werden in Rotterdam heute die Container vollautomatisch verladen. Das ist Skalierbarkeit. Das bedingt Datenstandardisierung. Eine App bzw. Anwendung wird einmal für eine Stadt erstellt, die Adaption für eine weitere ist dann relativ einfach solange die Daten standardisiert sind.<sup>10</sup>

Des Weiteren hat ein solcher moderner Staat eine offene, transparente "Daten-Kette" - dies bedeutet es ist nachvollziehbar *wie, wann, wo, was, warum* erfolgt, unter Wahrung der persönlichen Daten.

Dazu bedarf es eines effektiven Open Data-Gesetz, gleichwertig auf allen Länderebenen umgesetzt, was wiederum die Einführung von Informationsfreiheitsgesetzen voraussetzt.<sup>11</sup> Offene Daten sind wichtig. Offene Türen und Zusammenarbeit sind wichtiger.

Bei der Übertragung der Trends des Internets auf den Staat und Verwaltung ist auf der einen Seite die Rede von Versionsnummer 4.0 auf der anderen Seite die Versionsnummer 0.4. Oder anders ausgedrückt mehr als ca. 15 Jahre Unterschied.<sup>12</sup>

Somit hat die #Digitalisierung und #egov gewaltiges Aufholpotential.<sup>13</sup>

Die Frage ist jetzt, wo ist die Koordinationsstelle: Wer koordiniert in Deutschland das Neuland? Auch wenn dies selbstverständlich alle Ressorts betrifft: Wo ist der aktuelle digitale Verwaltungspulsgeber in Deutschland? Mit dem nötigen Einfluss dafür? Und wer erhöht die Schlagzahl?

Und wer „Moderner Staat – Chancen durch die Digitalisierung“ sagt, der muss auch offene Standards, offene Software, Interoperabilität, Netzneutralität und Infrastruktur - *Breitbandausbau* - sagen.

Ohne diese Aspekte ist ein moderner Staat eben nicht möglich.

Dies gilt auch aus Standortperspektive und industriepolitischer Unabhängigkeit von großen IT-Firmen (FAMGA,<sup>14</sup> ...). Weiters gilt es die Angst vor der Digitalisierung zu nehmen bzw. permanent Stellung bei "Digitalisierungsbremsen" wie u.a. das NetzDG,<sup>15</sup> Leistungsschutzrecht,<sup>16</sup> Störerhaftung,<sup>17</sup> ...<sup>18</sup> zu beziehen.

Zum Abschluss ein Appell und Dank an die anwesenden Parlamentarier, deren Herz für die Digitalisierung und Transparenz brennt. Wir brauchen euch kleine Schar, dringendst.

---

<sup>10</sup> Helsinki Transportation Platform - Adaption Ulm - achja wo sind die offenen Nahverkehrsdaten in Deutschland? Oder siehe Beispiele von <https://codefor.de/projekte/>

<sup>11</sup> Damit das neue Open Data-Gesetz effektiv wird, muss es gleichwertig auch auf Länderebene umgesetzt werden. Dazu ist jedoch Voraussetzung, dass sämtliche Bundesländer - also auch Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Hessen - ein Informationsfreiheitsgesetz einführen, durch das ein grundsätzlicher Anspruch auf Informationen der öffentlichen Hand geregelt wird. Ohne ein solches Gesetz sind auch Open Data-Gesetze nicht umzusetzen.

<sup>12</sup> <https://twitter.com/pudo/status/835082070951100417>

<sup>13</sup> <https://netzpolitik.org/2017/digitale-agenda-im-bundestag-sie-muessen-fuer-jeden-dankbar-sein-der-da-ist/>

<sup>14</sup> Facebook, Apple, Microsoft, Google, and Amazon

<sup>15</sup> <https://netzpolitik.org/tag/netzdg/>

<sup>16</sup> <https://irights.info/artikel/europaeisches-leistungsschutzrecht-das-absehbare-chaos-ist-grenzenlos/28063>

<sup>17</sup> <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/freies-wlan-in-deutschland-nach-wegfall-von-stoererhaftung-14226984.html>

<sup>18</sup> Digitalisierung ist ein Prozess, aus alten Fehlern sollte man lernen. Die Wetten laufen schon für die kommenden Digitalisierungsbremsen.

Ein moderner Staat schafft mit modernen BürgerInnen die Digitalisierung. Ein moderner Staat schafft quasi eine digitale Agora. Dies ist eine politische Frage, keine technische. Die technische Frage ist relativ einfach zu lösen. Die Alternativen sieht man gerade wo anders.<sup>19</sup>

Und wenn wir von einem modernen Staat sprechen, sprechen wir auch von Vertrauen.

Die Veränderungen gehen rasant,<sup>20</sup> der Digitalisierungsdruck steigt.<sup>21</sup>

Und so schliesse ich mit Peter Kruse "Und bist du nicht willig, so brauchen wir Geduld".<sup>22</sup>

Danke.

Walter Palmetshofer

### **Antworten zum Fragenkatalog für das Fachgespräch „Moderner Staat – Chancen durch Digitalisierung“ am 21. Juni 2017**

*1) Im Zuge der Digitalisierung ist es wichtig, dass auch Staat und Verwaltung ihre Aufgabenwahrnehmung modernisieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wie ist aus Ihrer Sicht der gegenwärtige Stand der Verwaltungsmodernisierung und wo werden die Potenziale der Digitalisierung wie genutzt? Wo liegen jetzt Erfolgsgeschichten in Deutschland vor? An welche Erfolge kann angeknüpft werden?*

Das Thema Digitalisierung ist endgültig in der öffentlichen Verwaltung angekommen. In den letzten Jahren bewegte sich in Deutschland doch etwas, etwa die einheitliche Behördennummer 115, jedoch hat der gegenwärtige Stand der Verwaltungsmodernisierung noch Ausbaupotential und auch Aufholbedarf im internationalen Vergleich.<sup>23</sup> Die große Erfolgsgeschichte gilt es noch zu schreiben.. Dabei wäre das Einsparungspotenzial für die öffentliche Verwaltung groß.<sup>24</sup>

Erwähnenswert ist in diesen Rahmen die Digitalisierung des Asylverfahrens, in dem der Bund und die Länder in relativer kurzer Zeit gemeinsam beschlossen haben, medienbruchfrei ihre Systeme besser abzustimmen, ohne das Rad neu zu erfinden.

Anknüpfend daran könnte der Portalverbundaufbau<sup>25</sup> eine wichtige Grundlage für zukünftige Projekte spielen. Ähnlich wie beim Aufbau des Datenportals für Deutschland<sup>26</sup> gilt es hier,

---

<sup>19</sup> (.CN, .RU, ...)

<sup>20</sup> "We're Country as a Service." - Estonia oder bitnation

<sup>21</sup> OECD erstmalige Erwähnung ~ "Digitalisierung und Aufholbedarf Deutschland"; Jahreszahl raten -> oecd@vavoida.org  
Gewinner bekommt ein Getränk der Wahl in der Kantine.

<sup>22</sup> Peter Kurse - RIP und eine Empfehlung [https://youtu.be/e\\_94-CH6h-o?t=205](https://youtu.be/e_94-CH6h-o?t=205)

<sup>23</sup> DESI [http://ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc\\_id=43012](http://ec.europa.eu/newsroom/document.cfm?doc_id=43012)

<sup>24</sup> Voriges Gutachten spricht von 34% Einsparungen der derzeitigen Aufwände von Nutzern und Verwaltung bei 1.7 Mrd Euro Kosten; Approximation basierend aus Erfahrungen in Estland bis zu 1% des BIP

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/estland-ist-eine-vorzeigenation-bei-der-digitalisierung-15005575-p2.html>

<sup>25</sup> [http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidungen/21\\_Sitzung/6\\_Anlage1\\_Portalverbund.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](http://www.it-planungsrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/Entscheidungen/21_Sitzung/6_Anlage1_Portalverbund.pdf?__blob=publicationFile&v=2)

<sup>26</sup> <https://www.govdata.de/>

mit fortschrittlichen Partnern voranzugehen und nicht auf die Nachzügler und Blockierer zu warten.

Es besteht durch den zunehmenden Digitalisierungsdruck, das Open Data-Gesetz und die OGP-Teilnahme zumindest hoffnungsvolle Entwicklungen.<sup>27</sup>

*2) Der Deutsche Bundestag hat durch zahlreiche Gesetze in dieser Legislaturperiode (z.B. das Open-Data-Gesetz, das eID-Gesetz und die Grundgesetzänderung zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen) und mit dem Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ Optionen geschaffen, um die Verwaltung stärker zu Partnern von Bürgerinnen und Bürgern, Startups und KMU zu machen. Welche weiteren Vorschläge haben Sie? Wie könnte die Zivilgesellschaft in diesen Prozess eingebunden werden? Welche Empfehlungen haben Sie, um diesen Initiativen zum Erfolg zu verhelfen?*

Damit das Open Data-Gesetz effektiv wird, muss es gleichwertig auch auf Länderebene umgesetzt werden. Dazu ist jedoch Voraussetzung, dass sämtliche Bundesländer - also auch Bayern, Sachsen, Niedersachsen und Hessen - ein Informationsfreiheitsgesetz einführen, durch das ein grundsätzlicher Anspruch auf Informationen der öffentlichen Hand geregelt wird. Ohne ein solches Gesetz sind auch Open Data-Gesetze nicht umzusetzen. (Siehe dazu die Forderungen der OKF DE.<sup>28</sup>)

Für eine stärkere Bürgerbeteiligung bzw. Einbindung der Zivilgesellschaft müssen offene Dialoge mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft geführt werden.

Einige aktuelle Beispiele dafür sind:

- Open Government Partnership<sup>29</sup> (Federführung BMI), Ende Juni 2017 der erste nationale Aktionsplan
- EITI Extractive Industry Transparency<sup>30</sup> (BMWI) bringt hoffentlich die erste Version eines offenen Handelsregisters
- OParl<sup>31</sup> Standardisierung des offenen Zugriffs auf parlamentarische Informationssysteme

Außerdem sind Programme wie der m-fund des BMVI<sup>32</sup> und der Prototype Fund<sup>33</sup> des BMBF begrüßenswert, um datengetriebene Innovationen voranzutreiben.

Um die Start-ups zu fördern, sind u.a. offene Daten und der Wille zur Anwendung von neuen Programmen und Prozessen förderlich. Auch hier zeigt sich im internationalen Vergleich Aufholbedarf. Als Beispiel dienen z.B. die govtech Startups (opengov,<sup>34</sup> accelera,<sup>35</sup> ...), die

---

<sup>27</sup> Auch noch immer, dass mit der Digitalisierung ein Bürokratieabbau einhergeht. Weitere Hoffnungspunkte Punkte siehe Frage 2.

<sup>28</sup> "Release to one, release to all", Dog Food Policy: Verlangt eine Bundesbehörde von einer anderen Bundesbehörde Daten, die prinzipiell geeignet sind, auf GovData veröffentlicht zu werden, erfolgt der Datenaustausch durch Upload auf ein Datenportal, Einführung eines "Open-by-Default" Ansatzes

<sup>29</sup> Open Government Partnership ist als ganzheitlicher Ansatz zur Belebung der Demokratie zu verstehen.  
<https://opengovpartnership.de/>

<sup>30</sup> „Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor“ <https://www.d-eiti.de/en/>

<sup>31</sup> OParl ist eine Initiative zur Standardisierung des offenen Zugriffs auf parlamentarische Informationssysteme in Deutschland.  
<https://oparl.org/>

<sup>32</sup> <http://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/mFund/Foerderung/foerderung.html>

<sup>33</sup> <https://prototypefund.de/>

<sup>34</sup> <https://opengov.com/>

mangels "Markt" (angebotsseitig offene Daten, nachfrageseitig Experimentierfreudigkeit) in Deutschland nicht entstanden sind, mittlerweile bzw. mittelfristig aber in den deutschen Markt eintreten werden. Oder der Vergleich von beiden Startups opencorporates<sup>36</sup> (UK) und implisense<sup>37</sup> (Deutschland), wo ersteres dank der vorhanden Daten in UK einen Markt- und Startvorteil für "frictionless business" im Vergleich zu zweiteres aus Deutschland hat.<sup>38</sup>

*3) Welche Grundzüge müssten kohärente Open- und E-Government-Strategien für die nächste Legislaturperiode haben? Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland zu beschleunigen und damit die Potenziale der Digitalisierung für die Verwaltung wie auch für die Bürgerinnen und Bürger schneller zu heben?*

- 1. Aufbau einer Register-Landschaft**
- 2. Die digitale Signatur vereinfachen**
- 3. Angaben nicht erneut machen müssen - once only Prinzip**
- 4. Digital by default<sup>39</sup>**

Open Data und Open Government sollten auch als verwaltungsinterner Innovationsprozess gesehen werden, um die jeweiligen Daten-Silos und Kommunikationskanäle aufzubrechen und zugänglich zu machen. Dazu gehört auch die Etablierung einer offenen Kultur innerhalb der Verwaltungen. Das Erlernen des Umgangs mit Fehlern und Transparenz nach außen sowie der Aufnahmefähigkeit von Vorschlägen aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

Dazu braucht es politischen Willen, der Digitalisierung Priorität einzuräumen, eine Durchsetzung auf allen Ebenen (Bund, Länder und Kommunen) sowie die dafür notwendigen Budgets. Das ganze sollte in einer gesamten Strategie einhergehen.<sup>40</sup>

*4) Wie sehen Sie die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Digitalisierung der Verwaltung auf das Staat-Bürger-Verhältnis? Welche Erwartungen haben Bürgerinnen und Bürger und welche Erwartungen kann der Staat nicht erfüllen? Welche Interessenabwägungen werden hier in Zukunft relevant sein? Welche Strukturveränderungen könnten auf die Verwaltungen zukommen?*

Die Erwartungen der BürgerInnen werden durch den Vergleich mit den am Markt angebotenen Services und deren höheren Benutzerfreundlichkeit weiterhin steigen. Mit einher geht auch hier ein Trend zu höheren Transparenz von privaten Firmen im Rahmen der Corporate Social Responsibility-Strategien. Es ist davon auszugehen, dass die Bürger

---

<sup>35</sup> <https://www.accela.com/>

<sup>36</sup> <https://opencorporates.com/>

<sup>37</sup> <http://implisense.com/>

<sup>38</sup> IDC Studie zu Open Data Incubator for Europe und offenes Handelsregister in UK

<sup>39</sup> Ja, zu digital by default, da wo es möglich ist, mit Berücksichtigung der davon ausgeschlossenen Personen und die zukünftigen notwendigen brauchbaren Alternativen für diese Gruppen und einer Übergangsphase.

<sup>40</sup> Und wer beschleunigen will braucht auch Netzinfrastruktur (Breitband, 5G ...).

eher geringes Verständnis haben werden, wieso staatliche Services auf die Dauer den privaten Services nachhinken sollten (im Sinne der schnellere Bearbeitungszeit, Nachvollziehbarkeit ...). Der Aufholbedarf der Verwaltung ist hier offensichtlich. Die Interessenabwägungen betreffen u.a. die Einfachheit der Services und der Privatsphäre. Ein weiterer Punkt werden Transparenz und Regulierung von verwendeten Algorithmen sein, insbesondere in Bezug auf darauf basierenden Entscheidungen.<sup>41</sup>

Strukturveränderungen könnten im Sinne von Neustrukturierungen innerhalb der Verwaltung aufgrund der veränderten Arbeitsgebiete erfolgen. Außerdem ist die Überholung alter Verfahren, Techniken und Infrastruktur<sup>42</sup> sowie hoffentlich der erfolgreiche Weg zu "Government as a platform"<sup>43</sup> herauszustellen.

*5) Welche Möglichkeiten eröffnet die Grundgesetzänderung zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für flächendeckende IT-Lösungen in der Verwaltung? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Onlinezugangsgesetz? Welche Projekte sind Ihrer Meinung nach hier die wichtigsten beziehungsweise drängendsten?*

Das Onlinezugangsgesetz könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein, um die Komplexität des Förderalismus bei IT-Projekten zu entschärfen. Die Gefahr besteht, dass einige Bundesländer dadurch eigene Innovationen nicht vorantreiben werden. Interoperabilität unter Beibehaltung und Konsolidierung der vorhandenen kommunalen IT-Infrastrukturen wäre begrüßenswert. Der Abbau der Zugangshürden wie QualSig, eID und DE-Mail erfolgt aktuell damit noch nicht. Eine Anpassung an Best Practices (Registerlandschaft) aus dem Ausland steht hier also noch an.

Die Kooperationskultur innerhalb der Verwaltung sollte erhöht werden, d.h. wenn neue Projekte entwickelt werden, sollten diese von mindestens zwei Kooperations-Länder vorangetrieben werden, um von Anfang unterschiedliche System im Backend zu berücksichtigen und den weiteren Anpassungsaufwand zu minimieren.<sup>44</sup> Die eher teurere Erstentwicklung kann dann bei späterer Adaption von weiteren Ländern mitfinanziert werden. Eine IT-Landschaft ist optimiert, wenn die Systeme offen und integrierbar sind. Dies könnte auf der FITKO - Föderale IT-Kooperationen Ebene (unterhalb des Planungsrates) ablaufen. Ein Wettbewerb der besten Ideen und Umsetzungen bei der Digitalisierung ist ebenfalls von Vorteil.

*6) Welche Schritte sollte der Bund aus Ihrer Sicht gehen, um weitere Bürokratieerleichterungen mit Hilfe digitaler Technologien zu regeln (z.B. durch weiteren Abbau der Schriftformerfordernisse und Regelungen zum persönlichen Vorsprechen)? Welche administrativen und organisatorischen Schritte sind für einen kulturellen Wandel in den Verwaltungen hin zu einem modernen E-Government erforderlich (IT-Planungsrat; Beauftragte/r der Bundesregierung für die Umsetzung der Open- und E-Government-Strategien; Open- und E-Government-Beratungsbüros des Bundes, an die sich Länder und*

---

<sup>41</sup> Bei AI und machine learning könnte sich die Nachvollziehbarkeit zu einer Herausforderung gestalten.

<sup>42</sup> Abbau der Zugangshürden wie QualSig, eID und DE-Mail, neue IT-Systeme, ...

<sup>43</sup> Siehe <http://www.oreilly.com/tim/gov2/index.html>

<sup>44</sup> Als Beispiel kann man hier die Erfahrungsberichte aus den Kantonen in der Schweiz heranziehen. Wieso kleine Gruppe? Der Abstimmungsbedarf steigt natürlich auch mit Anzahl der beteiligten Organisationen.

*Kommunen im Vorfeld der Implementierung von Open- und E-Government-Angeboten richten können etc.)?*

Schriftformerfordernisse, persönliches Erscheinen, Nachweiserbringung und Formularvorschriften sind, wo möglich, deutlich zu reduzieren. Zugangshürden wie z.B. QualSig, eID und DE-Mail gilt es zu optimieren und reduzieren.<sup>45</sup> Wie Österreich zeigt,<sup>46</sup> bedarf es nicht immer einer Gesetzgebung, um Innovationen voranzubringen. Kein Gesetz verbietet Verwaltungen, innovativ zu sein.

Zum Thema kultureller Wandel siehe weitere Anmerkung zu offenen Daten und Transparenz bei Frage 2 und 3 sowie Beispiele aus Großbritannien bzw. Frankreich bei Frage 12. Es gilt die Bedenken der Verwaltung bzgl. der Offenlegung von Fehlern abzubauen. Auch wenn dadurch (politisch) eine Angriffsfläche entstehen kann.

*7) Wie kann das Benutzervertrauen erhöht werden (effektiver und innovativer Datenschutz; Daten- und IT-Sicherheit; konsequenter Einsatz durchgehender Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen bei allen IT-Großprojekten etc.)? Worin liegen die Erfolgsbedingungen für eine hohe Akzeptanz eines erfolgreichen eID-Angebots des Bundes?*

Das BenutzerInnenvertrauen kann durch Transparenz, offene Daten sowie eine ernsthafte Beteiligung der BürgerInnen erhöht werden. Dies ist ein eher langwieriger Prozess,<sup>47</sup> in dem auch die Bildung, nicht nur im digitalen Bereich, eine wichtige Rolle spielt. Die notwendige Professionalität der Verwaltung (z.B. Bearbeitungsgeschwindigkeit - siehe Terminvergabe in Ämtern in der Hauptstadt) ist ein anderer wichtiger Faktor.

Eine hohe Akzeptanz des eID-Angebots erfordert einerseits die technische Sicherheit in aktuellen Angeboten, andererseits auch die alltagspraktische Anwendung.<sup>48</sup> Die ist wiederum eine Abwägung von Bequemlichkeit und Sicherheit bzw. Privatsphäre. Aufgrund der ausbaufähigen komfortablen Verwendung kam es beim aktuellen Angebot zu eher geringer Nutzung.

Des Weiteren sollten auch die Lehren aus der suboptimalen DE-Mail gezogen werden.<sup>49</sup>

*8) Wie könnte das Ausschreibungs- und Beschaffungswesen so überarbeitet werden, dass zum einen von den Innovationschancen freier und offener Software profitiert werden kann und zum anderen auch die Teilnahmechancen von Startups erhöht werden?*

In den Ausschreibungen sollten

- offene Daten
- offene Lizenzen

---

<sup>45</sup> De-Mail kaum Hersteller die mitmachen, Nutzung kaum messbar.

<sup>46</sup> <https://www.digitales.oesterreich.gv.at/documents/22124/30428/E-Government-ABC.pdf/b552f453-7ae9-4d12-9608-30da166d710b>

<sup>47</sup> Vergleich mit Dänemark

<sup>48</sup> Z.B. Oauth - pull nicht push - für Bürgerkonto.

<sup>49</sup> Stichwort "Kein Mehrwert für BenutzerInnen"

[http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/2016/160915\\_eGovMon2016\\_WEB.pdf](http://www.egovernment-monitor.de/fileadmin/uploads/Studien/2016/160915_eGovMon2016_WEB.pdf) bzw. Kritik-Übersicht <https://de.wikipedia.org/wiki/De-Mail#Kritik>



- offene Standards / Schnittstellen<sup>50</sup>

“by default” soweit wie möglich gefordert werden. Nur in begründeten Ausnahmefällen soll davon Abstand genommen werden können.

Bei Neuanschaffungen (Software & Verträge) sollte immer ein Open Data-Passus aufgenommen werden. Rechte für die Datenfreigabe bei externen Verträgen sowie eine Exportschnittstelle für offene Daten werden bei Softwarebeschaffungen ins Pflichtenheft geschrieben. Dies ist etwa in Frankreich und Italien in weiten Teilen des Beschaffungswesens Standard.

*9) Wie schätzen Sie die Bestrebung ein, das bestehende Informationsfreiheitsrecht zu einem Transparenzrecht (nach dem Vorbild von Hamburg und Rheinland-Pfalz) auszubauen?*

Die Weiterentwicklung des IFG zu einem Transparenzgesetz ist ein Schlüsselprojekt, um die Nutzung öffentlicher Daten in Deutschland voranzutreiben. Sie ist Voraussetzung für eine umfassende wirtschaftliche Nutzung der Daten und die Etablierung einer offenen und modernen Verwaltungskultur. Im internationalen Vergleich steht das deutsche IFG denkbar schlecht dar: Im Right To Information Rating des Centre for Law and Democracy sowie Access Info belegt das IFG nur Rang 105 und damit einen der Schlussplätze.<sup>51</sup> Das Hamburger Gesetz bleibt innerhalb Deutschland Vorbild, während das rheinland-pfälzische Gesetz zumindest in einigen Punkten über vergleichbare Gesetze hinausgeht. Beide Regelungen haben aber weiterhin Ausbaubedarf wie das Transparenzranking der Open Knowledge Foundation zeigt.<sup>52</sup>

Um den Informationsdschungel von derzeit mehr als 70 Zugangsgesetzen zu entbürokratisieren, ist ein einheitliches Transparenzgesetz erforderlich, das etwa die Regelungen aus IFG, UIG, VIG, IWG und Open-Data-Gesetz zusammenführt. Zentral sind dabei etwa Veröffentlichungspflichten für wichtige Daten und Dokumente. Eine Liste enthält dabei etwa der Entwurf für ein Berliner Transparenzgesetz, das die Open Knowledge Foundation im Mai 2017 veröffentlicht hat.<sup>53</sup> Außerdem sollte das Gesetz eine Regelung enthalten, nach der der Datenaustausch zwischen Behörden über öffentlich zugängliche Plattformen abläuft, Datenabgaben an eine Entität automatisch veröffentlicht wird und die Datenherausgabe gebührenfrei wird - selbstverständlich unter Wahrung von Datenschutz und Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen.

*10) Welche anderen Technologien gewinnen an Bedeutung für das Thema Digitale Verwaltung? Welches Potenzial besitzt die Blockchain-Technologie für die Digitalisierung der Verwaltung?*

*Welche Chancen und Risiken bietet aus Ihrer Sicht das Tell-Us-Once-Prinzip/Once-*

---

<sup>50</sup> Idealerweise kostenfrei.

<sup>51</sup> <http://www.rti-rating.org/country-data/>

<sup>52</sup> <http://Transparenzranking.de>

<sup>53</sup> <https://berlin.transparenzgesetz.de/>

*Only-Prinzip, bzw. wie sind diese Überlegungen aus verfassungsrechtlicher, datenschutzrechtlicher Sicht sowie mit Blick auf IT-Sicherheit zu bewerten? Wie könnte das Prinzip des Vorrangs der digitalen Verfahrensabwicklung für Verwaltungsleistungen eingeführt werden (Digital by Default) – unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit und der Option einer Nichtnutzung von digitalen Angeboten?*

### *Algorithmen*

“Data Governance”<sup>54</sup> wird in der Zukunft vermehrt auf Algorithmen basieren. Diese algorithmischen Entscheidungsfindungsprozesse und deren Auswirkungen auf gesellschaftliches Verhalten (z.B. aktuell angewandt mit dem Königsteiner Schlüssel) sollte auch bei komplexeren Prozessen einer breiteren Öffentlichkeit erläutert werden.<sup>55</sup>

### *Blockchain*

Bei dieser Technologie ging es ursprünglich darum, dezentrale Transaktionen (Zahlungen) ohne vertrauenswürdige dritte Partei (“trusted 3rd party” wie Bank, zentrale Stelle, “Machtmonopol”, ...) zu ermöglichen. Die potentielle Bedeutung für die öffentliche Verwaltung liegt darin, dass mit der Blockchain-Technologie ein Lösungsansatz gefunden werden könnte, manipulationssicher und damit zweifelsfrei Daten zu Identität, Eigentum, Verifizierung oder Wertetransfer fälschungssicher digital abzubilden (vereinfacht gesagt eine dezentrale Datenbank). Wenn es auch noch viele Umsetzungsprobleme gibt und die Technologie heute nur in definierten Grenzen praxistauglich ist, so ist doch ihr Potenzial erkennbar: Jegliche Formen von Register, die über eine öffentlich überprüfbare Transaktionshistorie verfügen und manipulationssicher sein müssen, sind grundsätzlich für eine Blockchain-Umsetzung geeignet (Grundbucheinträge, Personalausweise, Kfz-Register, ...). Des Weiteren können für die öffentliche Verwaltung Smart Contracts (Abwicklung von Transaktionen ohne direkte menschliche Interaktion) neue Anwendungsfelder sein. Es wird sich zeigen, ob die aktuellen Anwendungen und Szenarien der Blockchain-Technologie sich realisieren werden<sup>56</sup> und wo diese Technologie wirklich für die Lösung eines Problems erforderlich ist, im Vergleich zu einer zentralen, öffentlich einsehbaren Datenbank der Verwaltung.

Aber man kann die Blockchain-Technologie vor allem als Innovationsbeschleuniger, ähnlich wie die “Cloud” sehen.

### *Tell-Us-Once-Prinzip*

Das Tell-Us-Once-Prinzip ist begrüßenswert, wäre auch skalierbar und wird auch von der EU gefordert. Die damit einhergehende notwendige Beschäftigung mit dem Datenschutz kann auch positiv gesehen werden, die Lösungen bzw. Lösungsansätze für diese Aufgabenstellung werden auch in anderen Bereichen sehnsüchtig erwartet.

---

<sup>54</sup> Antoinette Rouvroy "Of Data and Men". Fundamental Rights and Freedoms in a World of Big Data.

[https://works.bepress.com/antoinette\\_rouvroy/64/download/](https://works.bepress.com/antoinette_rouvroy/64/download/)

<sup>55</sup> <https://algorithmwatch.org/de/>

<sup>56</sup> Die Problematik Übergang der realen Welt auf korrekten Blockchain-Eintrag wird bleiben.

## *Digital by Default*

Ja, jedoch unter Berücksichtigung der davon ausgeschlossenen Personen und alternativen Angeboten.

*11) Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die Situation in anderen Staaten dar - sowohl vergleichbar organisiert (z.B. föderal, wie Österreich) als auch schwer vergleichbar (z.B. zentralistisch/klein wie Estland oder Singapur)? Welche Staaten können als Beispiel dienen und warum?*

In Österreich beruhen die Erfolge vor allem auf eine engere Zusammenarbeit trotz der föderalen Struktur (dies könnte aufgrund der Größe einfacher sein) und vor allem mit einem Vorangehen "der Willigen" sowie der politischen Unterstützung (Ausrufen des Motto "Egov-Europameister" - auf den Titel wartet das Land jedoch noch). Als Beispiel, wie man die Verwaltung im Rahmen einer "data driven government" neu denken bzw. erneuern kann, dient das automatische Kindergeld in Österreich (d.h. es muß kein Antrag für das Kindergeld gestellt werden, sondern die Überweisung erfolgt nach der Geburt automatisch).

Estland ist in der allgemeinen Vorreiterrolle<sup>57</sup> und zeigt auf, wohin die Reise hingehen kann. Man muss nicht alles umsetzen, kann sich jedoch von vielen Beispielen (decentralization, interconnectivity, open platform, open-ended process) inspirieren<sup>58</sup> lassen<sup>59</sup> und einiges lernen. Beim Datenschutz gilt es die gesellschaftlichen Unterschiede erstens zu berücksichtigen und zweitens wahrscheinlich auch zu schützen.<sup>60</sup>

Bzgl. der Größe sind Großbritannien und Frankreich mit ihren jeweiligen "Digitalisierungseinheiten" Vorbilder (GDS Government Digital Service in UK<sup>61</sup> und Etalab<sup>62</sup> in Frankreich). Die GDS wäre ein gutes Vorbild für die Bundesverwaltung. Die ist jedoch aufgrund der in Artikel 65 im Grundgesetz geregelten Ressorthoheit nicht so einfach umsetzbar. Dafür würde es einer freiwilligen Mitgestaltung bedürfen. Etalab ist ein Innovationslab, welches die "Startup-Kultur" in die Verwaltung bringen soll und ist im Vergleich zu GDS eher beratend tätig. Ein Vergleich zwischen der UK-France Data Innovation Taskforce<sup>63</sup> und der deutsch-französischen #ensembledigital liegt hier nahe. Deutschland könnte hier von den Erfahrungen der beiden Länder profitieren, von deren Herangehensweise, den bisherigen Erfahrungen und auch Ressourcenausstattung. Die Themen Innovation mit Daten, der dafür notwendigen Daten-Infrastruktur und Ausbildung der beteiligten Akteure sowie die Frage des Vertrauens betrifft alle Länder.

---

<sup>57</sup> Der Neuaufbau des Staates und der Verwaltung anfang der Neunziger Jahre mit Mitbedenken der digitalen Verwaltung erleichterte dies.

<sup>58</sup> Citizenship as a Service mit aktuell 20.000 virtuellen StaatsbürgerInnen. <https://e-resident.gov.ee/> "Ein Recht als ein Service."

<sup>59</sup>[https://joinup.ec.europa.eu/sites/default/files/ckeditor\\_files/files/eGovernment%20in%20Estonia%20-%20February%202016%20-%202018\\_00\\_v4\\_00.pdf](https://joinup.ec.europa.eu/sites/default/files/ckeditor_files/files/eGovernment%20in%20Estonia%20-%20February%202016%20-%202018_00_v4_00.pdf)

<sup>60</sup> Thema Diskussionsfeld Online-Wahlen

<sup>61</sup> <https://gds.blog.gov.uk/>

<sup>62</sup> <https://techcrunch.com/2014/02/12/how-frances-open-data-team-is-modernizing-the-french-government-through-data/>

<sup>63</sup> [https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment\\_data/file/566666/Rapport\\_update\\_VEN.pdf](https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/566666/Rapport_update_VEN.pdf)

*12) Wie bewerten Sie das Potential von Smart Cities in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht? Welche Städte, die sich zur Transparenz ihrer öffentlichen Politik durch die Öffnung ihrer Daten aus Verwaltung und staatlichen Unternehmen verpflichtet haben, betrachten Sie im internationalen Kontext für vorbildlich?*

Man kann BürgerInnen als aktive "Sensoren"<sup>64</sup> begreifen, die als Smart Citizens für die Stadt aktiv sind. Die Stadt kann als Plattform, Infrastruktur (z.B. Glasfaservernetzung) und Daten können als Ressourcen<sup>65</sup> betrachtet werden. Für solch eine Umsetzung mit offenen Standards würde es auch einer europaweiten Bündelung der Kräfte bedürfen.

Das Potential von "Smart Cities" sowohl in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ist groß. Auch hier gilt es den aktuellen Hype um den Begriff nüchtern zu sehen. Idealerweise wird auch die Smart City als Vehikel genommen, um die Digitalisierung voranzutreiben. Das Hauptaugenmerk soll auch hier ein Bottom-Up-Approach sein mit der Frage im Hintergrund: "Wem soll die Smart City dienen, dem IT-Dienstleister oder den BürgerInnen."

Smart bedeutet auch langfristig und betrifft nicht nur "digitale" Felder, sondern auch "analoge" Felder (Umgang mit Demographiewandel, Prognosen zu Schul-/Kindergartenbedarf, ... oder siehe Parkraumbewirtschaftungs bzw. Notwendigkeit von Garagen pro neuer Wohnung in Wien, ist nicht so smart).

Wiederum ist hier wichtig, vor Ort und auch in der Verwaltung die notwendigen Kompetenzen zur Verfügung zu haben. Eine komplette Auslagerung der Digitalisierung an externe Servicedienstleister hat den langfristigen Nachteil der Abhängigkeit.

Als Vorreiterstädte in Europa<sup>66</sup> kann man u.a. betrachten:

- Barcelona (Bottom-Up, technologische Souveränität, Partizipation online als auch offline, ...)
- Amsterdam (LoRaWAN<sup>67</sup>) und
- Wien (Energie z.B. solarpanel, Wohnbau, Transport<sup>68</sup>)

Die Erfahrungen dieser Städte zeigt, dass es den Umsetzungswillen benötigt sowie die Betonung auf Machbarkeitsnachweise und Allianzen aus den verschiedenen Sektoren. Es wird neue Berufsbilder geben (z.B. "data stewards"), welche wahrscheinlich auch eine Besoldungsreform erfordern werden. Auch bei smart cities gilt es den Datenschutz zu bedenken.

---

<sup>64</sup> Mängelmelder

<https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/strassen-und-gruenflaechenamts/strassen/formular.2014.93.php>

<sup>65</sup> <http://www.economist.com/news/leaders/21721656-data-economy-demands-new-approach-antitrust-rules-worlds-most-valuable-resource>

<sup>66</sup> Weltweit sind Taipeh/Taiwan, Toronto oder auch London auch interessant.

<sup>67</sup> <https://www.thethingsnetwork.org/community/amsterdam/>

<sup>68</sup> Auch wenn hier die offenen Daten der Wienerlinien noch immer fehlen, "smart" war es z.B in Wien vor Jahrzehnten die Straßenbahngleise vor Jahrzehnten nicht zu entfernen.

Spannend wird vor allem, wie mittelgroße Städte die Smart-City-Strategien umsetzen werden (in Deutschland z.B. Ulm<sup>69</sup> oder Bad Hersfeld<sup>70</sup>) und wie der "Public Return" für die Städte und BürgerInnen sein wird. Bei den Städten sei noch Hamburg mit den Transparenzgesetz erwähnt.

Abschließend möchte ich gerne das Beispiel mit den Nahverkehrs-Apps in Deutschland zum besseren Verständnis anführen. Jeder mittelgroße Verkehrsbetrieb entwickelt oder beauftragt eine eigene App, die mehr oder weniger schlecht<sup>71</sup> als recht funktioniert. Es gibt keinen Standard dafür, multimedulare (mehrere Verkehrsanbieter, z.B. über die Bundesländergrenzen hinweg) Verbindungen werden nicht angezeigt und aufgrund der großteils fehlenden offenen Nahverkehrsdaten kommt es sogar zu Fehlanzeigen.<sup>72</sup> Das Problem könnte gelöst werden mittels offenen Daten und offenen Standards. Als Analogie dient dazu der Schiffscontainer (Mängelmelder, Nahverkehrsapp), wo früher die Säcke in Handarbeit einzeln verladen wurden (pro Stadt, pro Verkehrsbetrieb die Einzelanfertigung). In Rotterdam werden heute die Container vollautomatisch verladen. Das ist Skalierbarkeit. Eine App bzw. Anwendung für eine Stadt oder Verkehrsbetrieb und die dafür notwendige Adaption ist dann relativ einfach, solange die Daten standardisiert sind.<sup>73</sup> Wenn eine App erst einmal für eine Verkehrsunternehmen oder Stadt erstellt worden ist, würde sie sich bei standardisierten Daten relativ einfach für eine weitere Stadt oder Verkehrsunternehmen adaptieren lassen, ganz zu schweigen von deutschlandweiten Abfragen des öffentlichen Personenverkehrs in Echtzeit. Des Weiteren kann dieser Ansatz auch Start-Ups einen einfacheren Marktzutritt mit innovativen Konzepten ermöglichen.

---

<sup>69</sup> Zukunftsstadt Ulm, Digitalisierung als Haupttreiber für die Zukunft <http://www.zukunftsstadt-ulm.de/>

<sup>70</sup> <https://badhersfeld.urbanpulse.de/#/>

<sup>71</sup> Im Vgl. zu Top UX Apps

<sup>72</sup> [rettedeinennahverkehr.de](http://rettedeinennahverkehr.de)

<sup>73</sup> Siehe GTFS (General Transportation Feed System), <https://codefor.de/projekte/> und deren lokalen Adaptionen, Helsinki Transportation Platform und Probeadaption für Ulm, achja wo sind die offenen Nahverkehrsdaten in Deutschland?